steuer, die auf die Verbraucher abgewälzt war, war für die Zechenbesitzer nicht mehr aufzubringen! Für die deutsche Regierung war es daher selbstverständlich, daß die Reichsbank für die notleidende Industrie eine Stützungsaktion unternimmt. Die Industrie entlastete die Reichsbank von ihrem Devisenbesitz. Und die Industrie entlastete sie richtig. Wie es sich eben für Kapitalisten geziemt. Mit den der Reichsbank abgenommenen Devisen wird jetzt eine ...

Kapital und seinen Helfern. Das Proletariat sollte sich mehr denn je die Erkenntnis aneignen: halbe Wahrheit ist Lüge. Dann würde es nicht hoffen auf eine Besserung nach dem Rezept, das die oben zitierte Zeitung im selben Artikel bringt, nämlich: Herabsetzung der Preise. Die Dummheit, daraufhin Luftschlösser zu bauen, trauen wir jedoch der „Vossischen“ eigentlich nicht zu. Wenn sie „freien Wettbewerb“ und „Oeffnung der Grenzen“ verlangt, ...

den Arbeitskräfte, nun seine Kraftquellen wo anders zu suchen. Blos gemach! Sie sind überall am Versiegen. Die Fäulnis im Kapitals-Körper hat schon die nationalen Grenzen überall überschritten. Die Ringbildung zum Schutze der Profitinteressen ist umgeschlagen von der Höherentwicklung zur Verzweiflungsäußerung, in diesem Sinne auch Zweckmäßigkeit.

Das große Rätselraten ist vorbei: Jeder Arbeiter ist auf die Aussterbeliste gestellt, wenn er ...

Sammelt für den Pressefonds!

kussionen alles zutage tritt an Unsinnigkeiten, würde in ihrer Zusammenstellung ein Buch interessanter Verstiegenheiten füllen. Das hat natürlich seine Grundlage in der mangelnden Einheitlichkeit der Grundauffassung der Organisation. Ein Teil der in ihr Organisierten lehnen den Marxismus als ein Dogma gefährlicher Natur ab, und der andere Teil betet ebenso enthusiastisch ein Zerrbild des Marxismus' an. In diesen Diskussionsartikeln, die aber niemals als solche kenntlich gemacht sind, sondern als Ausdruck der Organiation gelten müssen, heißt es deshalb einmal „nur die ökonomischen Verhältnisse bestimmen die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft“, ein ander Mal „das Bewußtsein der Menschen und ihr Wille ist der Bewegungsmotor der Entwicklung“. Auf dieser Grundlage hat der proletarische Zeitgeist natürlich ein eigenartiges Gesicht, und die dahinterstehende Organisation muß noch eigenartiger aussehen. An einen Kampf um die Selbstbewußtseinsentwicklung der Proletarier ist natürlich unter diesen Voraussetzungen gar nicht mehr zu denken, obwohl die A. U. E. diesen Programmsatz nach wie vor als den ihrigen führt. An dieser inneren Widersprüchigkeit geht sie zugrunde, dabei die merkwürdigsten Sumpfblüten hervorbringend. Sexualtheoretiker, Lebensreformer usw. sind der Rest dieser Organisation. Das Proletariat hat keinen Grund, dem Zerfall dieser Organisation nachzutrauern. Die Waffen des Proletariats zu seinem Kampfe sind vorhanden und werden sich weiter ausbilden in diesem selbst. Die A. U. E. war in ihrer Gründung auf ein Phantom gestützt, nämlich dem Phantom einer schon festgeschlossenen vorhandenen Klasse, sie mußte zerbrechen. Die Einheit der proletarischen Klasse und die eine Organisation derselben kann nur entstehen, nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat.

Rationalisierung in Rußland

Während die KPD. im Interesse der beginnenden Wahlkonjunktur Zeter und Mordio über die Rationalisierung in Deutschland schreit, bringt die „Rote Fahne“ aus Rußland die Nachricht, daß auch dort im stärksten Maße die Wirtschaft rationalisiert wird. Die „R. F.“ verschweigt dabei schamhaft, wieviel Proletarier diesen kapitalistischen Aufbaumethoden geopfert wurden, d. h. wieviel Arbeiterhände nunmehr im Interesse des gesteigerten Profits ruhen müssen. Der Bericht lautet:

„In der Produktionsperiode 1926-27 haben an den Produktionsberatungen der Leningrader Betriebe 180 000 Arbeiter teilgenommen. Von diesem gewaltigen Produktionsaktiv wurden 21 000 Vorschläge zur Beseitigung von Unzulänglichkeiten in der Produktion eingereicht. Die Bedeutung und der praktische Wert dieser Vorschläge geht daraus hervor, daß bis jetzt schon 13 000 Vorschläge verwirklicht wurden, und daß ein erheblicher Teil sich im Stadium der Ausführung befindet.

Die Ersparnisse, die sich aus diesen Vorschlägen für die Industrie ergeben, sind bis jetzt noch nicht statistisch zusammengestellt. Aber neun Produktionsverbänden ist es auf Grund von nur 1000 Vorschlägen gelungen, Ersparnisse zu erzielen. Die Ersparnisse infolge dieser Vorschläge erreichen pro Jahr die Summe von 2 Millionen Rubeln.

Die mit Beteiligung des Metallarbeiterverbandes in den Betrieben „Der Rote Wyborger“ und „Swjetlana“ durchgeführte Rationalisierung hat folgende Resultate ergeben: die Produktion pro Kopf stieg von 1,35 Stück auf 1,72; gleichzeitig stieg der Lohn von 63 Kopeken pro Stunde auf 70 Kopeken. In der „Swjetlana“ stieg die Produktion pro Kopf von 460 Stück auf 820; gleichzeitig stieg der Lohn von 2,45 Rubel pro Tag auf 3,08 Rubel.

Die Einführung der Fließbandarbeit in der Fabrik „Wolodarski“ steigerte die Arbeitsproduktivität um 23 Prozent. Die Produktionskosten sanken um 14 Prozent. Der Lohn stieg um 16 Prozent. Besonders bemerkenswerte Arbeit wurde von den Lederarbeitern geleistet. Die Einführung des Rationalisierungssystems in der Lederproduktion ging unter aktiver Teilnahme der Arbeiter an den Produktionsberatungen vor sich. Etwa 3000 Arbeiter der Fabrik „Skorochod“ nahmen sehr aktiven Anteil an der Ausarbeitung aller Maßnahmen zur Rationalisierung ihres Betriebes.“

Fließbandarbeit und Herabsetzung der Produktionskosten sind das Ergebnis dieser Rationalisierung und — nach diesem Bericht — angeblich auch eine Steigerung der Löhne. Doch braucht man nicht Nationalökonomie studiert zu haben, um festzustellen, daß diese Lohnerhöhungen der Produktionssteigerung gegenüber so gut wie ein Nichts sind. Dafür spricht auch, daß mit der Durchführung dieser amerikanischen Methoden zu gleicher Zeit wieder die Entdeckung einer „Verschwörung“ gelungen ist. Wie ist doch die Geschichte mit dem Spitzbuben? Man schreit: Haltet den Dieb! wenn man gestohlen hat. Die Rationalisierer aber „kämpfen“ gegen die wirtschaftliche „Gegenrevolution“. Das sieht ungefähr so aus:

„WTB. Moskau, 11. März. (Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Die Meldung von einer Verschwörung im Donezbecken hat in Gewerkschafts- und Ingenieurkreisen der Sowjetunion schärfste Entrüstung hervorgerufen. Der Vorstand des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften wählte einen Ausschuß zur eingehenden Untersuchung der Begleitumstände der Verschwörung und zur Festlegung entsprechender Gewerkschaftsmaßnahmen. Der Vorstand des Ingenieur- und Technikerverbandes der Sowjetunion und die Sektion der Ingenieure und Techniker beim Bergarbeiterverband nahmen in außerordentlichen Versammlungen Entschließungen an, in denen sie die an der Verschwörung Beteiligten scharf verurteilen und ihre strenge Bestrafung verlangen. Sie sprechen gleichzeitig ihre vollste Loyalität gegenüber der Sowjetregierung und ihre Bereitschaft aus, den Kampf gegen die wirtschaftliche Gegenrevolution mit allen Kräften zu unterstützen.“

Der erste und der zweite Bericht zusammen ergeben erst das richtige Bild von der augenblicklichen Lage in Rußland. Im selben Moment, wo die Hungerpeitsche der Betriebseinschränkungen, der Arbeitssteigerung und so weiter auf die Arbeiter niederklatscht, entdeckt man Verschwörungen, um die Arbeiter abzulenken von diesen Vorgängen. Die Römer hatten in der Zeit ihres Verfalls das Sprichwort „Panem et circenses“, Brot und Spiele, für diesen Zustand geprägt, die Russen aber lehren „Rationalisiere und Verschwören“. Die Worte haben sich geändert, der Zweck blieb der gleiche.

Immer noch Revolutionierung der Gewerkschaften

In ihrer Ausgabe vom 13. März beschäftigt sich die „Rote Fahne“ mit „neuen“ Thesen für die Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten in der ganzen Welt. Beispiellos ist die Frechheit dieser Thesen in bezug auf die Negierung aller Erfahrungen in der bisherigen Geschichte des Revolutionierungsprozesses. Doch lassen wir die „Rote“ selbst sprechen, zeigen doch ihre eigenen Worte am besten, wie sie sich diese „Eroberung der Gewerkschaften“ denkt:

„Die Kommunisten und die revolutionären Arbeiter überhaupt müssen zur Grundlage ihrer Taktik den entschiedenen und schonungslosen Kampf gegen den sogenannten „Wirtschaftsfrieden in der Industrie“ machen, der nichts anderes ist als eine der neuesten Formen der Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Bourgeoisie. Die Mobilisierung der Massen muß deshalb neben der Aufstellung konkreter Forderungen in bezug auf Arbeitslohn und Arbeitszeit vor allen Dingen vor sich gehen unter der Losung der Freiheit des Streiks — gegen das Zwangsschiedsgericht, gegen die Treue der Sozialdemokraten gegenüber dem Tarifvertrag und, in der Regel, für die Kurzfristigkeit des Tarifvertrages.

Ein guter Kommunist sein, heißt durchaus nicht, daß man stets, unter allen Umständen, für sofortigen Streik eintreten muß. Besonders gilt das für den Mißbrauch der Parole des Generalstreiks. Der Kommunist muß es verstehen, den Zeitpunkt des Kampfes zu wählen, sich klare Rechenschaft abzugeben über das Kräfteverhältnis, darf nicht hinter den Massen hertrotten, aber auch nicht zu weit vorstoßen, mit dem Streik nicht spielen, wenn er aber einmal begonnen hat, muß der Kommunist alle Aussichten und alle Möglichkeiten des Kampfes ausnützen.“

Dazu lese man zu richtigem Verständnis folgendes Zitat:

„Die Haltung der Kommunisten muß infolgedessen darauf abzielen, den Kommunisten die Führung im Streikkampf zu sichern. Es ist notwendig, die Massen unter kommunistischen Losungen zu mobilisieren und darauf hinzuarbeiten, durch die Gewerkschaftsorganisationen die eigene Taktik durchzuführen, auf jeder Stufe des Kampfes die verräterische Haltung der Reformisten zu entlarven und in günstigen Augenblicken Streiks gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie zu organisieren; zu diesem Zweck muß man Streikleitungen bilden, die Führung der Streikleitungen und dadurch die Führung des gesamten Streikkampfes an sich reißen.“

Entlarven! Entlarven! Aber mit den Gewerkschaften die Kämpfe führen, und vor allen Dingen, heißt die Parole nach wie vor:

„Die Organisierung der Unorganisierten, die Organisierung der breitesten Massen der ungelernten Arbeiter und die Ueberwinderung der verschwindend geringen Organisiertheit der Arbeiter der Großbetriebe — das muß die Hauptaufgabe der kommunistischen Vorhut sein.“

Groß-Berlin
Die nächste Mitgliederversammlung
findet am Montag, den 19. März 1928 im bekannten Lokal statt.

Und zu welchem Zweck treibt man den „verräterischen“ Gewerkschaften die Massen zu? Darüber aus eigenem Munde:

„Dieser Kampf muß in erster Linie unter den Massen geführt werden: die Organisierung von Protestmeetings für die Demokratie innerhalb der Gewerkschaften usw.“
und

„Der Sinn der gesamten organisatorischen Arbeit besteht in der systematischen Eroberung der Massen. Unter diesem Gesichtswinkel muß man jede organisatorische Maßnahme, jeden Schritt unserer praktischen Arbeit einschätzen. Gerade deshalb sind die Wege und Mittel der Organisationsarbeit so verschiedenartig, gerade deshalb darf man keine allgemeinen, unerschütterlichen Regeln für alle Länder aufstellen. Die organisatorische Arbeit erfordert eine ernste Kenntnis der Gewerkschaftsbewegung und eine große Elastizität bei der Durchführung der revolutionären Taktik.“

Das ist der Zweck dieses Kampfes! Kein Wort über die wirklichen Aufgaben der Arbeiterklasse, und dabei zittert man noch so um die Gefahren, die seitens der „Reformisten“ drohen, wie da sind — und das ist das gefährlichste, was solchen „Revolutionären“ passieren kann — der Ausschluß. Auch dieser Gegenstand muß in die Thesen hinein, und man spürt ordentlich den Mut dieser „Organisationsrebellen“ heraus, wenn man das liest:

„Die Kommunisten müssen einen entschiedenen und offenen Kampf unter der Losung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung **gegen den Ausschluß aus den Gewerkschaften führen.**“

Und dies alles in der gleichen „Roten Fahne“, die über den verlorenen Berliner Metallarbeiterstreik folgendes schreibt:

„Dieser feige Rückzug der Verbandsinstanzen vor der Verbindlichkeitserklärung des Bürgerblockministeriums steigerte die Empörung aller Kollegen bis zur Siedehitze. Es gab nur eine Meinung in der Versammlung: Weiterkämpfen bis zum Sieg! Da nahm Urich zu einer letzten Erklärung das Wort: „Infolge des herrschenden Tumults ist eine Weiterführung der Versammlung unmöglich, ich erkläre den Streik für beendet!“ Worauf die Versammlungsleitung das Präsidium niederlegte, ohne über den Antrag der oppositionellen Vertrauensleute abstimmen zu lassen.“

Und der Streik war beendet! Trotz der „revolutionierenden“ KPD. Da erübrigt sich jeder weitere Kommentar.

Zuschriften und Geldsendungen an Gustav Herrmann, Berlin-Steglitz, Schloßstr. 128.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Carl Cierpka, Bln.-Friedenau — Verlag: Carl Cierpka, Bln.-Friedenau. Druck: Hintz, Otto & Co., SO. 36. Teleph. Moritzpl. 6741

7. Jahrg. 1928 Nr. 4/5 Preis 10 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.
Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

Der Imperialismus marschiert!

Die „Wirtschaft am Scheidewege“. Europäischer Imperialismus. Deutscher „Pazifismus“ und Giftgas. Amerikas Friedensprogramm. Kämpfe in China. Das russische Rätsel.

Trotz aufs äußerste angespannter Rationalisierung ächzt die kapitalistische Wirtschaftsmaschine in allen Fugen. Bürgerliche Nationalökonomen sehen sich zu dem Eingeständnis genötigt, daß die „Wirtschaft am Scheidewege“ angelangt, soll heißen, daß der Kapitalismus mit seinem Latein so gut wie am Ende ist. Bürgerliche Nationalökonomen kommen um die Feststellung nicht herum, daß die „Voraussagen des großen Sozialisten Marx sich erfüllt haben“. Obwohl die kapitalistischen Wirtschaftsformen im zwanzigsten Jahrhundert ein Höchstmaß von Konzentration aufweisen, was eine gewisse Regulierung des Verhältnisses von Produktion und Absatz bedeuten müßte, ist die allgemeine Wirtschaftsanarchie nie größer gewesen als im gegenwärtigen Zeitpunkt. Die „neue Wirtschaft mit gebundener Form“ zeigt die innere Gegensätzlichkeit des Kapitalismus in beinahe noch größerer Schärfe als es bei der „freien Wirtschaft“ des vorigen Jahrhunderts schon deutlich genug in Erscheinung trat.

Kein Wunder, daß die abnorme Gestaltung der ökonomischen Situation immer gefährlichere Spannungen im weltpolitischen Geschehen an die Oberfläche drängt, Spannungen, die jeden Augenblick Explosionen von internationaler Bedeutung herbeiführen können. Wie eine unaufhaltbare Lawine rollt der Imperialismus heran, bei uns in Europa im Fernen Osten und in Amerika. Manch einer mag glauben, daß wir den Teufel an die Wand malen, daß unser Pessimismus unbegründet wäre. Wir wünschten die Optimisten hätten Recht. Leider zeigt aber die Wirklichkeit erschreckende Perspektiven. Und die Proletarier täten gut daran, statt mit albernen Lohnforderungen die Zeit totzuschlagen, den großen weltpolitischen Problemen ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Nostra res agitur — um unsere ureigene Angelegenheit handelt es sich hier. Mit einer Skrupellosigkeit sondergleichen werden von den imperialistischen Drahtziehern Kriegsvorbereitungen getroffen, und die Herrschaften fühlen sich wieder so sehr auf der Höhe ihrer Macht, daß ihnen die mögliche Haltung der Arbeiterklasse im nächsten Völkermorden als eine wenig oder garnicht beachtenswerte Angelegenheit erscheint. Daß der größenwahnsinnige italienische Faschismus an der Spitze aller europäischen Kriegstreiber marschiert, hat natürlich seine guten Gründe. Abgesehen von den innenpolitischen Schwierigkeiten, die dem „Duce“ und seinen Getreuen täglich größere Sorgen bereiten dürften, hat die kapitalistische Wirtschaft Italiens zurzeit jene frühimperialistische Phase erreicht, die man etwa mit der deutschen Situation vor 1914 vergleichen kann. Die sprunghafte industrielle Entwicklung des Landes drängt mit eiserner Notwendigkeit zur ökonomisch-politischen Expansion. Und diese bewegt sich — wie immer in solchen Fällen — auf der Linie des geringsten Widerstandes. Das bedeutet hier, daß

Der Professor entdeckt Karl Marx

Die Bürgerliche Ökonomik hat seit etwa 20 Jahren einen neuen Zweig getrieben, den es früher nicht gab, die sogenannte Betriebswissenschaft, und einem der Professoren dieser Wissenschaft, einem gewissen Schmalenbach, ist es kürzlich gelungen, die ökonomische Lehre von Karl Marx neu zu entdecken, natürlich auf seine Weise. Dieser Schmalenbach war bekanntlich der Vorsitzende der Kommission, die in letzter Zeit feststellen sollte, welche Ersparnismöglichkeiten in der Braunkohlenindustrie und in der Steinkohlenindustrie im Betrieb noch vorhanden sind, und er gehört also zu jener Sorte von intellektuellen Trabanten, die der Kapitalismus sich geschaffen hat, um sein eigenes inneres Gleichgewicht, das ja immer bedroht ist, von Zeit zu Zeit etwas ausbalancieren zu lassen. Ausbalancieren nötigenfalls auch gegen die Wünsche einzelner Kapitalistengruppen.

Der Vortrag, den dieser Mann unter dem Titel „Der gefesselte Kapitalismus“ gehalten hat, wirkte in den bürgerlichen Blättern als große Sensation. Alle Welt sprach und schrieb 14 Tage lang über Schmalenbach. Warum? Der Mann stellte zunächst die ungeheure Neuigkeit fest, daß das 19. Jahrhundert das Jahrhundert der freien Wirtschaft gewesen sei, dem eine gebundene Wirtschaft sowohl vorausging wie auch nachfolgt.

„Die dem Zeitalter der freien Wirtschaft folgende Ordnung ist ... eine solche, die durch Kartelle, Trusts und andere Monopolgebilde, durch Staatseisenbahn, Staatsposten, Staatsbanken, staatliche Versicherungsunternehmungen, staatlich beherrschte Landeszentralen für Licht- und Kraftlieferung, gemischte Unternehmungen vielerlei Art, staatliche Preisregelung für Kohle, Kali, Wohnungsmieten und staatliche Festsetzung von Lohntarifen gekennzeichnet ist und die gegenüber dem, was vorher war, die mannigfachsten Züge der Gebundenheit aufweist.“

In dieser Entwicklung sieht der gute Mann „die Erfüllung der Voraussagen des großen Sozialisten Marx. „Freilich“: ... man kann nicht sagen, daß unsere Wirtschaftsführer uns mit bewußter Absicht in die neue gebundene Wirtschaft hineintreiben. Sie sind Werkzeuge, nichts als Werkzeuge“. Und wie erklärt der Herr Professor diese unheimliche Erscheinung? Er erklärt sie aus dem Anwachsen des Anteils der fixen Kosten im Produktionsprozeß, verglichen mit dem Anteil der proportionalen Kosten. Diese fixen Kosten entpuppen sich dann in seiner weiteren Darstellung als alte Bekannte, nämlich als die „Kosten“ des konstanten Kapitals. Und daß ihr Anteil an den Produktions-„Kosten“ immer größer wird ist nur eine Begleiterscheinung des Vorgangs, den der Professor als „wachsende Steigerung der Kapitalintensität“ bezeichnet — ebenfalls ein alter Bekannter, nämlich die wachsende Akkumulation.

Mit anderen Worten: der bürgerliche Ökonom Schmalenbach hat noch einmal „entdeckt“, was bei Marx und weiterhin in der ganzen marxistischen Ökonomik längst zu lesen war: daß nämlich das konstante Kapital stärker wächst als das variable, daß zwangsläufig bei der Verwandlung des Ergebnisses einer Produktionsperiode ein relativ immer größerer Teil wieder zu Produktionsmitteln, ein verhältnismäßig immer kleinerer zu neuen Lohnsummen wird.

Der „gefesselte“ Kapitalismus, der daraus entsteht, gleicht ein wenig jenen Fesselungskünstlern im Zirkus die sich selbst fesseln um ihre Bande dann regelmäßig mit größter Eleganz auch wieder selbst zu lösen.

Angesichts dieses Kunststücks will Schmalenbach sich nicht lumpen lassen, und führt ebenfalls einen Jongleurtrick vor. Nachdem er erklärt hat, der monopolistische Kapitalismus der Kartelle und Syndikate sei noch ganz stümperhaft organisiert, man kalkuliere gar nicht mehr, und man schmeiße die koschere Ware unter Selbstkosten dem Ausland in den Hals — grade als ob die Krisen und zumal die jetzige Welt- und Generalkrise aus der Dummheit der Kapitalisten entstände! — gibt er einen Ausblick auf die Zukunft, wie er sie sich denkt. „Ich bin überzeugt, daß wir in nicht zu ferner Zeit zu einem Zustand kommen müssen, den auch die Zünfte besaßen: die Monopolgebilde der neuen Wirtschaft müssen ihr Monopol vom Staat empfangen und auf der andern Seite überwacht der Staat die Erhaltung der aus dem Monopol entsprungenen Pflichten.

Dieser Zirkustrick des Professor Schmalenbach ist uns ja nun bekannt genug, und nur einem bescheidenen Publikum kann er noch neu erscheinen. Der Staat als der in der blauen Luft schwebende Wundermechanismus, der alles kann, die Nummer haben wir schon oft gesehen. Wir kennen die Drähte, an denen das läuft. Und nach dem Wahlsieg der SPD. ist es auch nicht schwer, sich klar zu machen, welcher Teil des Publikums es ist, nach dessen Beifall der Jongleur Schmalenbach schielt. Seine feine Nase wittert von weitem die Wiederkehr der Zeit, wo „die Sozialisierung“ marschiert, und er bringt sich schon jetzt in empfehlende Erinnerung. Das ist das Symptomatische, das politisch Bedeutsame an diesem kleinen Zwischenfall. Denn die Illusion, daß die sog. „Betriebswirtschaftslehre“ den wütenden Kampf der internationalen Monopolriesen meistern und in einen harmlosen wirtschaftlichen Sport umwandeln könne, das glaubt vielleicht nicht einmal der neue Marxentdecker selber. Auch er ist, was er den Kartellführern nachsagt, „Werkzeug, nichts als Werkzeug“.

der imperialistische Appetit Mussolinis sich auf der Richtung nach Dalmatien bewegt, das politisch dem südslawischen Staatsverband angehört. Zur Illustration der gespannten Lage Südeuropas möchten wir eine bürgerliche Zeitungsstimme zitieren, die bei der Beurteilung außenpolitischer Dinge sich im allgemeinen großer Zurückhaltung befleissigt. Die „Vossische Zeitung“ beginnt ihre „Außenpolitische Umschau“ vom 1. Juni 1928 mit folgender Konstatierung:

„Man kommt vom Balkan nicht los in diesem Jahr! Balkan und Mittelmeer bestimmen fast allein die europäische Politik, und je mehr von allen Seiten von Friedensbereitschaft gesprochen wird, um so stärker wächst die Kriegsgefahr. Wenn man sich allerdings auf die offiziellen faschistischen Verlautbarungen stützt, so besteht nicht der geringste

steuer, die auf die Verbraucher abgewälzt war, war für die Zechenbesitzer nicht mehr aufzubringen! Für die deutsche Regierung war es daher selbstverständlich, daß die Reichsbank für die notleidende Industrie eine Stützungsaktion unternimmt. Die Industrie entlastete die Reichsbank von ihrem Devisenbesitz. Und die Industrie entlastete sie richtig. Wie es sich eben für Kapitalisten geziemt. Mit den der Reichsbank abgenommenen Devisen wird jetzt eine Rheinische Goldnotenbank gegründet, was die

Kapital und seinen Helfern. Das Proletariat sollte sich mehr denn je die Erkenntnis aneignen: halbe Wahrheit ist Lüge. Dann würde es nicht hoffen auf eine Besserung nach dem Rezept, das die oben zitierte Zeitung im selben Artikel bringt, nämlich: Herabsetzung der Preise. Die Dummheit, daraufhin Luftschlösser zu bauen, trauen wir jedoch der „Vossischen" eigentlich nicht zu. Wenn sie „freien Wettbewerb" und „Oeffnung der Grenzen" verlangt,

den Arbeitskräfte, nur seine Kraftquellen wo anders zu suchen. Blos gemach! Sie sind überall am Versiegen. Die Fäulnis im Kapitals-Körper hat schon die nationalen Grenzen überall überschritten. Die Ringbildung zum Schutze der Profitinteressen ist umgeschlagen von der Höherentwicklung zur Verzweiflungsäußerung, in diesem Sinne auch Zweckmäßigkeit.

Das große Rätselraten ist vorbei: Jeder Arbeiter ist auf die Aussterbeliste gestellt, wenn er

---

der „Vorwärts" eine Auflage zwischen 60 und 70 000, die „Leipziger Volkszeitung" etwa 40 000 usw. haben. Eine ganz interessante Tabelle besagt, daß auf je 100 Einwohner in ganz Deutschland 1,95 Leser der sozialdemokratischen Presse kommen; auf 100 sozialdemokratische Wähler 15,23 und auf 100 soz. Parteimitglieder 137. Als Dachorganisation, als wirtschaftliche Zentrale aller Parteigeschäfte, insbesondere der Druckereigeschäfte ist vor einigen Jahren die sogenannte Konzentrations-A.-G. gegründet worden, die vor allem auch der kapitalistischen Rationalisierung der Wirtschaftsbetriebe dienen soll. Mit der Presse im Zusammenhang steht der „Sozialdemokratische Pressedienst", der unter anderem einen eigenen innendeutschen Rundfunkdienst unterhält und der die gesamte sozialistische Presse Deutschlands und auch viele sozialistische und bürgerliche Auslandsblätter mit Material versorgt und ihnen — ähnlich dem Wolf-Büro — Dienste leisten soll. Die sozialdemokratischen Zeitschriften sollen hier nicht alle aufgezeichnet werden, doch seien einige wichtige genannt: „Die Gesellschaft", die „Jungsozialistischen Blätter", die „Arbeiterjugend", die „Frauenwelt", „Der wahre Jakob", die „Arbeiterwohlfahrt", die „Gemeinde", die „Bücherwarte", die „Sozialistische Erziehung", der „Kinderfreund" usw. usw., wozu dann noch eine Fülle von Korrespondenzblättern kommt. Neben dieser Presse stehen die sozialdemokratischen Verlage, unter ihnen vor allem der Partei-Zentralverwaltung Dietz, der für 1927 einen Umsatz von 2 Millionen Mark ausweist. Im gleichen Jahr gab es 27 neue Bücher mit Durchschnittsauflagen von 3—4000 einige mit 10 und 12 000), heraus; eine Maischrift in 215 000 Exemplaren. Eine Gründung der Sozialdemokratischen Partei ist auch der „Bücherkreis" mit 44 500 Abonnenten, der in den Jahren 1924—27 insgesamt 403 657 Bände ausgeliefert hat und 1 500 000 Mark seiner zugehörigen Monatszeitschrift. An Gesamtwerbematerial wurden von den Bezirken zur Agitation 1917 verbreitet: 4,3 Millionen Broschüren und 27,9 Millionen Flugblätter (darunter z. B., 600 000 Stück der Broschüre „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik" von Hilferding; 200 000 Stück „Sowjettyrann" usw.). Der agitatorischen Werbung und der Mitgliederhaltung dienten 14 894 öffentliche Werbeversammlungen und 58 640 Mitgliederversammlungen. Ein sehr wichtiges Glied der sozialdemokratischen Gesamtorganisation ist ihr Bildungswesen, für das im „Reichsausschuß für sozialistisches Bildungswesen" eine Zentrale existiert. Nur das wichtigste sei herausgegriffen: Als grundlegendes Bildungsmittel besonders für die Funktionäre und geschulteren Mitglieder finden Kurse von meist 1—2 Wochen Dauer statt. 1927 waren es 29 Kurse mit insgesamt 780 Teilnehmern. (Wohlverstanden sind das nur die Kurse, die der Reichsausschuß vermittelt. In den Bezirken, vor allem in den sächsischen, ist eine sehr lebhafte Eigentätigkeit.) Sonderkurse fanden außerdem statt für Funktionärinnen, Redakteure, Parteisekretäre, Sprechchorleiter. Bemerkt sei, daß die Hauptkosten meist von der Partei getragen werden. Eine besondere Zentrale für Film und Lichtbild ist ab 1928 eingerichtet worden. 6 eigene Filme sind bereits hergestellt worden; eine „Volkswochenschau" ähnlich der Emelka-Wochenschau usw.) wurde herausgebracht. Ein Filmauto fuhr als Wanderkino. Eine Schauspielergruppe reiste als „Wanderratten". Der Reichsausschuß hat ferner im eigenen Verlag erschienene Schriften herausgegeben; organisiert Ferienreisen, leitet die sogenannte „Freie sozialistische Hochschule", steht in Verbindung mit einer Reihe sozialistischer Wirtschaftsschulen, schuf den Sozialistischen Kulturbund als Dachorganisation aller Bildungs- und Kulturbestrebungen zur Verhinderung von Zersplitterung usw. Neben dem Reichsausschuß arbeiten natürlich die Bezirke auf eigene Faust. Als weitere Glieder des Ganzen seien wenigstens noch genannt: der sozialdemokratische Leserbund mit etwa 6000 Mitgliedern, die bereits erwähnten „Jungsozialisten" und „Arbeiterjugend", und „die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde" die die 10—14-Jährigen umfaßt. Endlich muß noch die „Arbeiterwohlfahrt" erwähnt werden mit ihren zahlreichen Kur- und Erholungsheimen, Kindergärten, Horten, Nähstuben, Stellennachweis, Lotterie usw. Zur Charakteristik, gehören schließlich auch die „Fürsorgekasse für die in den sozialdemokratischen Betrieben beschäftigten Personen", ebenso der „Verein Arbeiterpresse".

Zu diesem vorläufig mit dem eigenen Auge der Partei gesehenen Bild, gehört nun aber noch als Ergänzung ein Blick auf die mit der sozialdemokratischen Partei innerlich wie äußerlich verflochtenen Gewerkschaftsbewegung und ihre Einrichtungen; ferner auch die Arbeiter-Turn und Sportbewegung u. a.

(Fortsetzung folgt.)

Die wiedervereinigte Berliner Richtung

Die KAPD. Berliner Richtung, seit dem Abenteuer der Vereinigung mit der Schwarz-Gruppe und infolge dieses Abenteuers gespalten, hat sich in einem Parteitag wieder geeinigt. Die Opposition, die solange ein eigenes Organ, den „Kommunistischen Arbeiter" herausgab, hat sich selbst samt ihrem Organ liquidiert, und ebenso auch die „Klassenfront", das Blatt der Unions-Opposition. Drei Vierteljahre lang war die Partei an Schwarz-Fieber schwer krank. Ist sie jetzt gesund?

Wir haben hier immer die Auffassung vertreten, daß der Fall Schwarz kein isolierter Fall, kein einmaliger unbegreiflicher Fehltritt war, begangen etwa in einem Augenblick getrübten Bewußtseins — sondern vielmehr eine geradlinige Konsequenz der Gesamttaktik, die die Berliner Richtung sich allmählich immer deutlicher zu eigen gemacht hat. Letzten Endes eine Konsequenz der opportunistischen Gedankengänge, die zur Spaltung der Berliner und der Essener Richtung führten. Trifft diese Auffassung zu, so kann die bloße Wiedervereinigung der zentraletreuen Elemente und der Opposition keine Gesundung gebracht haben, es sei denn, daß der Prozeß zu einer eindeutigen Verurteilung des Vorgehens im Falle Schwarz und darüber hinaus zu einer ebenso eindeutigen Ablehnung der gesamten taktischen Linie geführt hätte, die der innere Grund des Falles Schwarz gewesen ist.

Zu einer solchen prinzipiellen Klärung ist es nicht gekommen. Konnte es nicht kommen, da die Opposition selbst nicht bis zu der Klarheit durchgedrungen war, die ihr erlaubt hätte, die Dinge zu sehen wie sie sich entwickelt haben. Die Opposition, in sich selbst uneins, zum Teil um Personenfragen gruppiert, zum Teil auf das Mitmachen bei Lohnkämpfen fast noch mehr erpicht als die Zentralenmehrheit, hat vorzeitig die Waffen gestreckt, noch ehe sie selbst zu einer einheitlichen Auffassung der Gesamtprobleme kommen konnte.

Im Interesse der Einheit der revolutionären klaren Elemente ist dieser Ausgang zu bedauern. Wäre die Opposition so klar und prinzipiell gewesen, wie sie es eben nicht war, so hätte aus der Auseinandersetzung mit ihr sich im Laufe der Zeit eine Etappe auf dem Weg zur Einigung der KAPD. unter Ausscheidung aller gewerkschaftlich und zentralenmäßig eingestellten Elemente ergeben können. So aber, mit diesem Mangel an innerer Klärung und dieser vorzeitigen Rückkehr unter das eben erst verlassene Dach, hat die Opposition nur schwere Schuld an der weiteren Verwirrung der revolutionären Arbeiter auf sich geladen.

Wie vorzeitig diese Rückkehr war, ergibt sich schon allein daraus, daß nicht einmal in dem Punkt, aus dem der Konflikt entstanden ist, eine Klärung erreicht wurde, im Falle Schwarz. Der Beschluß, den der Parteitag auf Antrag der Berliner Organisation in der Frage der Politik gegenüber der „entschiedenen Linken" gefaßt hat, lautet:

„Die Partei versuchte zum ersten Male auf konstruktivem Wege, Teile von Arbeitern mit parlamentarischen Traditionen anzugliedern. Es erwies sich jedoch, daß die Partei nicht stark genug war, diese Aufgabe, die das Prinzip nicht verletzte, bis zu Ende durchzuführen. Die Partei erklärt, daß der Fall Schwarz nur ein Glied in der Kette dieser Politik war. — Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß dieser Versuch die Partei so stark belastete, daß die Gefahr eines organisatorischen Zusammenbruchs und politischer Verwirrung in greifbare Nähe gerückt war. — Der Parteitag erklärt, daß fraktionelle Angliederung und eine Verstärkung der Partei auf diesem Wege für die Zukunft nicht in Frage kommt.'

Das ist zwar eine politische Verurteilung der Kräfte, die auf die fraktionelle Angliederung der E. L. so stolz waren, aber doch nur, weil sie offenbar die Kräfte der Partei überschätzt hatten. Die gestellte Aufgabe „verletze nicht das Prinzip". Man kann wohl fragen: weshalb dann die entschiedene Feststellung, daß „fraktionelle Angliederung... für die Zukunft nicht in Frage kommt"? Wenn dieser Weg das Prinzip nicht verletzte, sondern nur eben die Partei nicht stark genug war — wieso dann in alle Zukunft abschwören? Die Partei könnte ein andermal doch vielleicht, gegenüber einer andern Gruppe, stark genug sein? Oder war das Vorgehen eben doch prinzipiell falsch, und man will es nur nicht zugeben? Schon der Wortlaut dieses Beschlusses, der doch wohl reiflich überlegt ist, zeigt, wie hier eine gefallenen Jungfrau erklärt, einmal sei keinmal, und hinfort werde sie keusch bleiben. Bekanntlich ist so etwas eine Selbsttäuschung.

Während man also in dieser sachlich-politischen Frage zu einem höchst faulen Kompromiß gekommen ist, ist die organisationspolitische Frage, die im Lauf der Spaltung mit großer Erbitterung umkämpft wurde, aufs Gleis einer Statutenänderung abgeschoben worden. Die Opposition hat eine Erklärung schlucken müssen, die ihr „leichtsinniges Zerbrechen" und „Diskreditierung" und in die Hände arbeiten für die „konterrevolutionäre Spekulation sozialdemokratischer und leninistischer Demagogen" vorwirft. Für die Rückkehr der oppositionellen Genossen in die Partei ist außerdem ein Joch aufgerichtet worden, unter dem jeder durchkriechen muß: „selbstverständlich müssen diese Genossen die Anwürfe, die die proletarische Ehre der Körperschaften angreifen, zurücknehmen". Ja ja, die „Körperschaften" lassen nicht mit sich spassen.

Damit aber auch hier etwas geschehen zu sein scheine, hat man die Diskussion sich festfahren lassen auf dem Thema der Aufnahme neuer Mitglieder und dem Gedanken, vor die Aufnahme als vollberechtigtes Mitglied die Einrichtung der „Kandidaten" (nach russischem Muster) zu setzen. Dann hat man die Diskussion noch ausgedehnt auf die Frage einer Neugliederung von Hauptausschuß, Zentralausschuß und Geschäftsführung, und hat mit der ganzen Angelegenheit einen Wirtschaftsbezirk beauftragt, der einen neuen Statutenentwurf vorbereiten soll. So ist man diese unangenehme Geschichte für eine Zeit lang los, und kann nun bei jeder Klage der Mitglieder über die „Körperschaften" antworten: wartet nur das neue Statut ab, dann wird alles besser werden.

Inzwischen geht der alte Schwindel lustig weiter. Ein Beispiel mag genügen: Bereits im Oktober vorigen Jahres, hat die Kontrollkommission bei einer Zentralausschuß-Sitzung festgestellt: „Die Anregung, das Mandat (von Schwarz) nicht niederzulegen, ist ausgegangen von Funktionären der KAPD" — also nicht von Schwarz selbst. In den Thesen des GHA zum Parteitag, die angenommen wurden, heißt es jedoch: „Die Partei stellte nicht die Frage der Niederlegung vor Schwarz, sondern Schwarz die Frage der Nichtniederlegung vor die Partei". Also: Funktionäre der Partei — welche? in welcher Funktion? — regten Schwarz an, das Mandat nicht niederzulegen. Die Partei (da sie nur durch Menschen handeln kann, also doch wohl wieder: Funktionäre der Partei; welche? — in welcher Funktion?) verzichtete darauf, Schwarz zur Niederlegung seines Mandats aufzufordern. Schwarz seinerseits aber handelte: er stellte die Partei (also wiederum ihre Funktionäre) vor die Frage, ob er das Mandat nicht behalten könne. Will man hier unterscheiden zwischen Partei und Funktionären? Und zu welchem Zweck? Nachdem Schwarz von Funktionären der Partei die Anregung bekommen hatte, sein Mandat zu behalten, und nachdem die Partei ihn offiziell nicht aufgefordert hatte, es niederzulegen, konnte er sich wohl seinerseits zu der offiziellen Frage berechtigt fühlen — die man ihm ja offenbar durch Funktionäre nahegelegt hatte... ob er es nicht behalten dürfe.

Diese Frage wäre an sich gleichgültig, da der Effekt — Schwarz als sympathisierender Parlamentarier der KAPD — ja bekannt ist. Aber die Methode, mit der hier damals geschoben wurde und heute noch geschwindelt wird, eröffnet tiefe und traurige Einblicke. Und sie gibt zugleich eine Charakteristik der vollzogenen Wiedervereinigung.

Daß diese Wiedervereinigung sich im Zeichen verschärften Kampfes gegen die Essener Richtung vollzog, sei für heute nur nebenbei erwähnt. Man glaubt uns zu treffen mit demagogischen Sätzen wie: „Die Partei sagt allen sogenannten linken Strömungen im Proletariat, die Wirtschaftskämpfe in Gegensatz zum Klassenkampf stellen, als Sabo-Darauf können wir nur unerbittlichen Krieg an-Darauf können wird nur unerbittlichen Krieg ansagen allen Machern, allen Saboteuren der proletarischen revolutionären Bewußtseinsentwicklung, die die Union zu einem Gewerkschaftsersatz verkrüppeln wollen.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Carl Cierpka, Bln.-Friedenau — Verlag: Carl Cierpka, Bln.-Friedenau. Druck: Hintz, Otto & Co., SO. 36. Teleph. Moritzpl. 6741
Zuschriften und Geldsendungen an Gustav Herrmann, Berlin-Steglitz, Schloßstr. 128

---

7. Jahrg. 1928

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Nr. 6 / Preis 10 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.
Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

Die Wahrheit über Rußland.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Engels warf 1894 im Nachwort zu einem Aufsatz „Soziales aus Rußland" die Frage auf:

„Kann das bestehende bäuerliche Gemeineigentum in Rußland dienen als Ausgangspunkt einer nationalen Aktion, die, unter Ueberspringung der ganzen kapitalistischen Periode, den russischen Bauernkommunismus sofort hinüberführt in das moderne sozialistische Gemeineigentum an allen Produktionsmitteln, indem sie ihn bereichert mit den sämtlichen technischen Errungenschaften der kapitalistischen Aera?"

Er antwortete verneinend:

„Es ist eine historische Unmöglichkeit, daß eine niedrige ökonomische Entwicklungsstufe die Rätsel und Konflikte lösen soll, die erst auf einer weit höheren Stufe entsprungen sind und entspringen konnten. Die bloße Tatsache, daß neben der russischen Bauerngemeinde gleichzeitig in Westeuropa die kapitalistische Produktion sich dem Punkt nähert, wo sie in die Brüche geht, und wo sie selbst schon auf eine neue Produktionsform hinweist, bei der die Produktionsmittel als gesellschaftliches Eigentum planmäßig angewandt werden — die bloße Tatsache kann der russischen Gemeinde nicht die Kraft verleihen, aus sich selbst diese neue Gesellschaftsform zu entwickeln. Wie sollte sie die riesigen Produktionskräfte der kapitalistischen Gesellschaft sich als gesellschaftliches Eigentum und Werkzeug aneignen können, noch ehe die kapitalistische Gesellschaft selbst diese Revolution vollbracht; wie sollte die russische Gemeinde der Welt zeigen können, wie man große Industrie für gemeinsame Rechnung betreibt, **nachdem sie schon verlernt hat, ihren Boden für gemeinsame Rechnung zu bebauen?"**

Karl Marx schrieb 1877:

Strebt Rußland dahin, eine kapitalistische Nation nach westeuropäischem Vorbild zu werden — und in den letzten Jahren hat es sich in dieser Richtung sehr viel Mühe kosten lassen — so wird es dies nicht fertig bringen, **ohne vorher einen guten Teil seiner Bauern in Proletarier verwandelt zu haben; und dann, einmal hineingerissen in den Wirbel der kapitalistischen Gesellschaft, wird es die unerbittlichen Gesetze dieses Systems zu ertragen haben,** genau so wie die anderen profanen Völker. Das ist alles."

Wir haben es an dieser Stelle nicht nötig, im Gegensatz zu allem ethischen Geschwafel und antirevolutionärem, schwammigen Reformismus die historische Bedeutung der machtvollen Ereignisse von der russischen Februarrevolution bis zur Oktoberrevolution 1917 erneut zu würdigen. Und ebensowenig ist es notwendig, erneut auseinanderzusetzen, daß unsere Beurteilung so vieler verzweifelter Abwehrbewegungen der Kommunisten Rußlands — geboren und unerbittlich sich auswirkend auf dem Grunde bitterster ökonomischer und politischer Not — eine andere ist, als die reformistischer Feigheit und kleinbürgerlicher Verlogenheit. Aber darum müssen doch Tatsachen als Tatsachen angesprochen werden; muß ihr ursächlicher Zusammenhang aus ökonomischer Gesetzlichkeit erkannt werden; und diese Gesetzlichkeit kann nicht umgefälscht werden nach den Wunschvorstellungen einer angstverdüsterten und schon mißtrauisch hin- und herzuckenden, um politische Selbstbehauptung ringenden bolschewistischen ecclesia militans. (Streitbaren Kirche.)

Wie sind nun diese Tatsachen? Zunächst ein knapper statistischer Ueberblick. Die Bevölkerung der USSR. betrug 1927: 145,6 Millionen, mit einem jährlichen Zuwachs von etwa 162 auf je 10 000 Bewohner. Davon sind — immer nach bolschewistischen Angaben — nur 15 Proz. städtische, 85 Proz. ländliche Bevölkerung. (Vereinigte Staaten: 57 Proz., Deutschland 70 Proz. städtisch.) Die Zahl der Industriearbeiter wird mit etwa 3½ Millionen, die der gesamten Lohnempfänger in Stadt und Land mit 10 Millionen angegeben. Also, wie wir wissen, ein weitaus überwiegend agrarisches Land, mit einem an Zahl verhältnismäßig kleinen Proletariat.

Das Wahlrecht zu den Sowjets, das bestimmt sein soll, den werktätigen Massen die Kontrolle des Staatsapparates zu sichern, sieht so aus: in den Dörfern des eigentlichen europäischen Rußland (der RSFSR) waren vom Wahlrecht ausgeschlossen: 1925/26 1,1 Proz., 1927 3,9 Proz. Wenn man also auch in der Fortnahme des Wahlrechts bei den Bauern im letzten Jahr einen Fortschritt gemacht hat, so zeigt sich hier doch sehr genau, wie die wirtschaftliche Struktur des Landes sich ihren politischen Ausdruck erzwingt. Von den 85 Proz., die die ländliche Bevölkerung ausmachen, sind wiederum keine 4 Proz. vom Wahlrecht ausgeschlossen, d. h. die übergroße Mehrzahl der Bauern hat das Wahlrecht zu den Sowjets. Man fragt sich, wieso bei dieser Lage die Bauern nicht längst eine Regierung geschaffen haben, die ihren Interessen offen und vollkommen entspricht. Die Antwort gibt die Statistik der Wahlbeteiligung. Diese betrug 1925/26 bei den Stadtsowjets 48,7 Proz. bei den Landsowjets 47,3 Proz. Es gingen zur Wahl von den Rotarmisten (mehr oder weniger kommandiert) 69,8 Proz., von den Gewerkschaftsmitgliedern (ebenso) 56,7 Proz., von den Unorganisierten 37,7 Proz. Diese Zahlen sprechen unverkennbar aus, daß noch jetzt, nach 10 Jahren Diktatur, die aufstrebende Macht der Bauern auch in politischer Hinsicht nur durch eine verhältnismäßig dünne Schutzdecke von dem offenen Durchbruch an die Oberfläche ferngehalten wird.

Auf die Dauer wird niemand mehr darüber hinwegsehen können, daß die periodisch immer wiederkehrenden Krisen des Sowjetstaates, von dem Kronstädter Aufstand und der Einleitung der NEP. an bis heute, sich immer und immer um den Bauern drehten, von dem bäuerlichen Element ausgingen. Dies ist eine Tatsache, und an dieser Tatsache können weder Redensarten von dem „Arbeiter- und Bauernstaat" und dem „Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern", noch feine Unterscheidungen zwischen Kulaki, halbkulakistischen Elementen, „einfachen" Bauern und Dorfarmut irgendetwas ändern.

Die wirtschaftliche Erscheinung der sogenannten Schere, in der sich der Interessengegensatz zwischen Bauern und Industriearbeitern in Rußland ausdrückt — ein Gegensatz, der durchaus klassenmäßiger Natur ist — zeigt sich z. B. in folgenden Zahlen. Am Ende der Ernte 1925 trat eine höchste Zuspitzung des Warenhungers ein. Damals betrug der Kauffonds der Städte 3200, der der Dörfer 3900 Millionen Rubel zusammen 7100 Millionen Rubel. Dem stand ein Warenangebot aus heimischer Erzeugung zuzüglich der Einfuhr im Betrage von 6800 Millionen Rubel gegenüber. Dabei waren natürlich keineswegs alle diese Waren für den Bedarf greifbar, sondern bedurften noch einer langwierigen, mit vielen Transporten verbundenen Umdisponierung aus Produktionstätten und zentralen Magazinen bis hin zum letzten Verbraucher. Das Verhältnis zwischen dem städtischen und dem ländlichen Kauffonds (32 : 39, also etwa 4 zu 5) widerspricht außerdem schreiend dem Verhältnis zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung (15 : 85, also etwa 4 zu 23). Das ist hier nicht gesagt, um für die armen russischen Bauern gegen die Arbeiter zu sprechen, sondern um die zwingende Kraft der materiellen Produktionsverhältnisse zu zeigen, die sich auch gegen den schärfsten Druck immer von neuem einen Ausweg schaffen müssen.

Die verschiedenen Oppositionen in der bolschewistischen Partei empfehlen nun verschiedene Wege, um aus dieser Klemme herauszukommen und die Schere zu schließen. Die agrarische Richtung will 1. Aufhebung des Außenhandelsmonopols, 2. Verzicht auf die Industrialisierung, 3. Verwandlung der Sowjet-Union in ein reines Agrarland, das Industriewaren einführt. Diese Richtung würde unbedingt in kurzer Zeit dazu führen, daß Rußland eine Kolonie des Weltkapitals wird; man muß den bolschewistischen Kritikern dieser Opposition schon recht geben, wenn sie das behaupten.

Auf der andern Seite — um nur die Extreme aufzuzeigen — empfehlen die sog. Ueberindustrialisten rücksichtslose Preiserhöhung für Industrieprodukte, Zwang gegen die Bauern, entsprechend große Mengen ihrer Erzeugnisse zur Deckung ihres Bedarfs an Industrieprodukten herzugeben. Dazu sagt die Bolschewistin Frida Rubiner in ihrem Buch „Die Grundlagen des Sowjetstaates, 1927" ebenfalls sehr richtig: „Der Sowjetstaat hat es zwar in der Hand, der Bauernschaft die Preise zu diktieren, aber der Zwang, allzubillig zu verkaufen würde einen Rückgang der Anbaufläche der getreideverkaufenden Bauern, also eine Verarmung des Dorfes, zur Folge haben." Interessant an dieser Kritik ist einmal der Hinweis auf den „getreideverkaufenden Bauern" — bekanntlich können nur Betriebe über einer gewissen Mindestgröße überhaupt über den Eigenverbrauch hinaus zum Verkauf produzieren, also Betriebe, die bestimmt nicht zur Dorfarmut zählen und in der Regel Lohnarbeiter beschäftigen — und sodann die Ablenkung auf die „Verarmung des Dorfes", während es natürlich an erster Stelle heißen müßte „Aushungerung der Stadt."

Das ungeheuere Gewicht solcher sehr einfacher und im Grunde fast jedermann bekannter Tatsachen ist es, was der sowjetrussischen Politik unwiderstehlich den Stempel aufdrückt, was die bolschewistischen Machthaber zwingt, zwischen zwei gleich katastrophalen Extremen hin- und herzulavieren. Diese ständige Agrarkrise — vielmehr die Staatskrise aus agrarischen Quellen her, erzwingt jene Politik des Aufbaus einer als Sozialismus verbrämten staatskapitalistischen Industrie, die aufs Haar dem Staatskapitalismus gleicht, den unsere Sozialdemokraten als angeblichen Sozialismus anpreisen, und die in der Tat völlig sozialdemokratisch ist. Diese Krise ist es schließlich auch, die sich international in der Arbeiterpolitik auswirkt, als ständige, fressende Krise der Moskauer Parteien und als stärkste Ursache der unerhörten Zerspaltung der Arbeiterschaft der Industrieländer. Die Produktionsverhältnisse des agrarischen Rußland, zusammen mit der Unterwerfung der Bolschewisten unter diese Verhältnisse sind die Ursachen der Verfälschung und Verwirrung des revolutionären Klassendenkens in Europa und der ganzen Welt und damit der Schwäche des Proletariats. Hierüber wird in einem späteren Aufsatz noch mehr zu sagen sein.

Nur die Loslösung der kommunistischen Bewegung von dem Zwang, den russischen Staats- und Agrarkapitalismus als ein kommunistisches Gebilde oder auch nur als einen Weg zum Kommunismus zu betrachten, kann den Anfang einer Gesundung des proletarischen revolutionären Klassenbewußtseins bringen.